

Gemeinnützigkeit und soziale Fürsorge

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigigen**

Band (Jahr): **90 (1912)**

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

der ersten großen Pläne und der ersten Torheiten und Ängste. Für Basel war die erste Eisenbahn das äußere Zeichen, daß die behagliche Abgeschlossenheit früherer Tage zu Ende ging.

Gemeinnützigkeit und soziale Fürsorge. Der wohlthätige Sinn Basels hat sich auch in jenem Zeitraum bei manchem Anlaß gezeigt; es sei z. B. nur an das große Vermächtnis des 1844 verstorbenen Appellationsrats L. Paravicini erinnert. Aber nicht von einzelnen Hilfeleistungen und auch nicht von den vielen bestehenden Stiftungen zur Linderung von mancherlei Not sei hier die Rede, sondern vielmehr von den neuen Bestrebungen, die der besonderen Not der Zeit beizukommen suchten. Diese Not war in dem veränderten Wirtschaftsleben und Weltverkehr begründet. Daß sich im sozialen Leben große Wandlungen vollzogen, erfuhr auch der ruhige Basler Bürger. Die Zeitungen berichteten ihm von den großen Arbeiteraufständen in Frankreich, vom Elend der Fabrikarbeiter in Mülhausen, auch von den Lehren des Kommunismus, wie sie z. B. der in Zürich verhaftete Schneider Weitling in seinem „Evangelium des armen Sünders“ predigte. In Basel selbst drang mit der Eisenbahn und mit der Steigerung des Verkehrs und des Fabrikbetriebs das neue Leben ein; die Zahl der Arbeiter, die von einem Tag auf den andern lebten und brotlos auf die Straße gestellt werden konnten, stieg jährlich, ob schon man noch nicht von Proletariern reden konnte. Die Not dieser Klasse erforderte aber neue Fürsorge.

Zum erstenmal gab im Jahr 1837 die Arbeiterfrage der Regierung zu schaffen. Am 18. November reichten 163 Posamentier dem Rat eine Petition ein, in der sie sich über die plötzliche Entlassung von 20 Arbeitern in einer Fabrik beklagten; 40 andere mußten bald ihr Los teilen, da die Fabrikanten 60 französische Arbeiter aus Lyon und St. Etienne unter Zusicherung eines festen Lohns für 4 Jahre gedungen hätten. Die Petenten machten die Behörden auf die Gefahren aufmerksam, die eine solche willkürliche Arbeitsentziehung für die öffentliche Sicherheit und die wohlthätigen Anstalten Basels haben könnte. Dieser Hinweis war bezeichnend: die Arbeiter wußten, was vielleicht die Behörde zum Einschreiten bringen konnte. Der Rat verwies die Sache an das Handelskollegium; das aber gab erst nach mehr als einem halben Jahr seinen Bericht ein. Darin war nun nur vom Schutz vor den Arbeitern, nicht vom Schutz der Arbeiter die Rede; denn die Fabrikanten hatten dem Kollegium schroff erklärt, sie behielten sich ihre Konvenienz in bezug auf das Verhältnis zu ihren Arbeitern vor und duldeten keine Einmischung in ihre innern Einrichtungen. Das Verhältnis der Fabrikherren zu den Posamentier sei nicht mit dem der Handwerksmeister zu ihren Gesellen zu vergleichen; denn die Regierung schütze die Zünfte vor auswärtiger Konkurrenz, die Fabrikanten überlasse sie sich selbst. So meinte denn das Kollegium, man könne gar keine Verfügung treffen, ohne der Freiheit der Industrie zu nahe zu treten; höchstens sollte man polizeiliche Maßregeln gegen fremde Arbeiter

treffen, die entlassen würden. Nach den bestehenden Gesetzen mußte der Rat zu dem Beschluß kommen: „Finden sich M. S. G. S. nicht bewogen, dieser Petition weitere Folgen zu geben.“

Die Fabrikarbeitsverhältnisse mögen im damaligen Basel nicht schlimmer, vielfach sogar besser gewesen sein als anderswo. Wenigstens behaupteten das die Zeitungen und ein Vertreter des Handwerkerstandes verstieg sich einmal im Großen Rat zur Behauptung, der Fabrikarbeiter stehe nirgends so gut wie in Basel. Es sei hier einiges von dem angeführt, was wir über die damalige Lage der Arbeiter, besonders der Bantarbeiter, wissen. Es gab unter ihnen verschiedene Klassen. Als bevorzugt konnten die 400–500 Männer gelten, die als ständiges Personal in den Bandfabriken mit „allerlei Sautierungen der Zubereitung und Ausrüstung“ beschäftigt waren. Sie hatten zwar nur 6, höchstens 7 Schweizerfranken Wochenlohn, aber sie waren vor Verdienstlosigkeit gesichert. Zu ihnen standen die Herren meist noch in dem patriarchalischen Verhältnis, das besonders die christlichen Herrschaften als das richtige ansahen. Die Fabrikanten kannten ihre häuslichen Verhältnisse, zahlten ihnen meistens den Lohn, auch wenn sie krank waren, halfen ihnen mit Vorschüssen und unterstützten ihre Hinterbliebenen. Freilich die Arbeiter, die gleichsam „als Anhängsel der Familie ihres Brotherrn“ durch drei Generationen hindurch in der gleichen Fabrik dienten, waren nicht mehr zahlreich. Die ständigen Bantarbeiter hatten unter sich eine Kranken- und Begräbniskasse, in die sie wöchentlich einen Bazen einlegten. Aber ihr Lohn war so gering, daß sie ohne den eigenen Nebenverdienst oder den ihrer Frauen bittere Not litten. Es gab unter ihnen manche ehemalige Handwerksgefallen, die, um heiraten zu können, in die Fabrik gegangen waren, trotzdem die Gefellen sonst auf die Fabrikler herabsahen. Diese zum großen Teil kränklichen Leute mußten oft noch den ganzen Sonntag schneiden oder andere Heimarbeit verrichten, und doch war der Arbeitstag in der Woche mit Ausnahme des Samstags zwölfstündig. Ihre Kinder suchten sie womöglich recht zu schulen und zu etwas Besserem zu bringen. Vom Wochenlohn wurden ihnen gewöhnlich am Samstag nur 4 Fr. ausbezahlt, der Rest wurde verzinst und viertel- oder halbjährlich gegeben. Ebenso war dies gegenüber den meisten andern Arbeitern und Arbeiterinnen der Fall; diesen wurde auch das sogenannte „Stehgeld“, das bis 16 und 20 Fr. betrug, als eine Garantiesumme zurückbehalten, die ihnen verloren ging, wenn sie vor Ablauf der Kündigungsfrist fortliefen. Die etwa 1500 Bandweber, Zettlerinnen, Winderinnen und Spulenmacher, die in den städtischen Fabriken arbeiteten, standen in keinem Vertrauensverhältnis zu ihren Herren, die auch über ihre Launenhaftigkeit und ihren häufigen Arbeitswechsel klagten. Sie wurden zum Teil vom Stück bezahlt, und geschickte Posamentier konnten bis 700 Schweizerfranken im Jahr verdienen. Damit stellten sie sich, wie die Fabrikanten sagten, vorteilhafter als alle andern schweizerischen

Manufakturarbeiter. Aber ihr Verdienst war den Schwankungen des Geschäftsgangs unterworfen; in flauen Zeiten suchte man sie bei „mäßigem Wochenlohn“ zu beschäftigen. Zur Teilnahme an Krankenkassen waren diese Arbeiter und Arbeiterinnen schwer zu bewegen; doch gab es in Basel drei für die Arbeiter obligatorische Fabrikkrankenkassen. Die Kinderarbeit war seit dem Gesetz über die Schulpflicht weniger schlimm als anderswo, z. B. als im Baselbiet, wo 2—3000 Kinder, darunter viele vom 6. Jahr an, zum Spulnmachen angehalten wurden. Aber auch in der Stadt waren in den Bandfabriken, in der Floretspinnerei und in den Tabakfabriken Hunderte von 12—15jährigen oder noch jüngern Knaben und Mädchen beschäftigt.

Schlimm stand es allgemein mit den Wohnungen der Arbeiter. Schon die Volkszählungen zeigten das. 1815 waren auf 10 Häuser durchschnittlich 15 Haushaltungen mit 70 Personen gerechnet worden, 1847 aber 25 Haushaltungen mit 115 Menschen. Dabei waren manche große Häuser leer oder ganz schwach bevölkert; in den letzten 10 Jahren hatte man zwar viele neue Häuser für eine größere Zahl von Haushaltungen gebaut, doch lange nicht genug. Die Armen mußten gedrängt zusammen leben; kinderreiche Arbeiterfamilien hatten überhaupt oft die größte Mühe, ein Obdach zu finden. Die Mietpreise waren in den letzten Jahrzehnten gerade um das Doppelte gestiegen, die Preise der Lebensmittel und besonders des Holzes hatten auch stark zugenommen. So mußten die Mieter von einem 6fränkigen Wochenlohn 1—2 Fr. Miete zahlen. Die Besitzer der Arbeiterhäuser aber hatten einen Gewinn bis zu 10% und manche lebten nur von diesen Erträgnissen. Ein wohlmeinender Einsender des Tagblatts machte daher unter Darlegung dieser Verhältnisse den Vorschlag, der Staat solle einige leerstehende Liegenschaften verkaufen, damit sie mit billigen Miethäusern überbaut werden könnten. So würde eine vernünftige Spekulation mit Gemeinnützigkeit verbunden, aber es laste eben die vis inertiae, die Macht der Trägheit, hemmend auf der Stadt.

Die erste öffentliche Forderung einer Lohnerhöhung ist ein bescheiden und fromm gehaltener Aufruf an die Fabrikanten, der im August 1841 im Tagblatt als „ein Wort zu seiner Zeit“ erschien: Jetzt, da der Geist der Verbesserung und des Vorwärtstrebens sich in Basel zeige wie noch nie, sei der übliche Lohn immer noch derselbe, mit dem schon zu Anfang des Jahrhunderts ein Familienvater kaum ausgekommen sei. Viele der Herren Fabrikanten seien ja als wohlthätige Menschenfreunde bekannt; vielleicht fehle es ihnen nur an einer völlig klaren Einsicht in die Lage der Arbeiter. „Gott schenke ihnen ein geneigtes Gehör und willige Herzen, die Not leidender Mitmenschen in bedrängter Zeit zu mildern!“

Daß die Lage der Arbeiter vielen Fabrikanten und andern wohlstuitierten Männern allerdings nicht gleichgültig war, ersehen wir in erster Linie aus den Bestrebungen der Gemeinnützigen Gesellschaft. Zuerst beschäftigte sie sich

aber weniger mit der materiellen, als mit der geistigen Not der arbeitenden Klassen. Beim Jubiläum des 60-jährigen Bestehens der Gesellschaft sprach ihr Schreiber, der spätere Ratsherr Adolf Christ, den Wunsch aus, man möchte auf Mittel sinnen, wie man den Arbeitern und Gesellen neue und bessere Arten der Erholung verschaffen könne. Diese Anregung fand Beifall, und zwei Jahre darauf schrieb die Gesellschaft eine Preisarbeit aus, deren Thema lautete: „Auf welche Weise läßt sich auf die Veredlung der Vergnügen der arbeitenden Klassen hinwirken?“ Von acht eingelaufenen Arbeiten wurden zwei prämiert, die eine war von Professor Scheitlin in St. Gallen, die andere von Wilhelm Schmidlin verfaßt, der damals Lehrer am Basler Gymnasium war.

Die frisch geschriebene Arbeit Schmidlins, dessen praktisches Geschick und Verständnis für volkswirtschaftliche Fragen seine spätere mannigfaltige Wirksamkeit bewies, sprach die Ansichten aus, die die meisten gemeinnützig gesinnten Basler Herren jener Zeit teilten. Seine Schrift geht auch über das eigentliche Thema hinaus und behandelt die Stellung der Arbeiter überhaupt. Er redet zuerst von den Vergnügungen, die Arbeiter und Gesellen gegenwärtig kennen, vom verrohenden Wirtshausleben und von den Gefahren der Fastnacht, an der immer mehr der Pöbel die Maske vor's Gesicht nehme. Die Pflege des Gesangs, sagt er ferner, ist sehr wenig verbreitet; die Bürgerbibliothek der Gemeinnützigern Gesellschaft wird nur wenig von Gesellen und Lehrlingen, gar nicht von Fabrikarbeitern und Tagelöhnern benutzt. Dafür liefern ihnen die Leihbibliotheken die beliebten Räuber-, Geister- und Liebesgeschichten. Sonst liest der Arbeiter nur seine Kalender und Zeitungen, meist „schlechte“. Soll man sich da wundern, wenn die Armen eine Gärungsmasse revolutionärer Elemente werden? Schmidlins Vorschläge zur Besserung lauten: Erziehung zur Sparsamkeit, Frömmigkeit, häuslichem Sinn, zu gesunder ständischer Gesinnung und zum Genuß edler Vergnügungen. Da die Ersparnisse ein sicheres Schutzmittel gegen die Ansteckung durch den Revolutionsgeist seien, sollte man neue Kassen unter den Arbeitern gründen und die bestehenden unterstützen; sodann müßten die ärmeren Knaben zu viel stärkerer Beteiligung am Turnen und an der Jugendbibliothek gebracht werden. Vom Theater, besonders vom Sonntagstheater, verspricht sich der Verfasser für die Arbeiter nichts; der tiefere Gehalt eines Stückes sei ihnen doch unverständlich und sie ergötzten sich nur an den schlechten Späßen. Überhaupt sei die Überbilderei und Aufklärerei der untern Klassen unnatürlich. „Mache man nur die arbeitende Klasse nicht mit Genüssen und Bedürfnissen auch geistiger Art bekannt, die für sie und ihre Lebensstufe nicht passen!“ Dieses Urteil mutet uns heute nach 70 Jahren demokratischer und sozialer Staatsentwicklung ebenso befremdlich an wie Schmidlins Vorschlag, die gefährlichen Maskenbälle tüchtig zu besteuern, damit sie nur den höhern Ständen zugänglich würden, die Armen aber auf die billigen und unmaskeierten angewiesen seien. Es war aber ganz im Sinn der damaligen Konservativen

gesprochen, wenn Schmidlin das Volk pries, das noch auf Standesehre, Standesinteresse und Standesbedürfnisse halte; die höhern Stände hätten die Pflicht, durch wohlthätige Einwirkung die Armen zu dem zu machen, was sie nach ihrer Bestimmung werden könnten, damit ein freies Zusammenleben und Zusammenwirken verschieden gegliederter Menschen entstehe. So wünschte er auch, daß die schon bestehenden Sonntagslesesäle den Arbeitern noch zugänglicher gemacht und besonders daß Gefangvereine unter ihnen begründet würden.

Die Sonntagsäle, von denen Schmidlin spricht, waren zu Anfang der dreißiger Jahre eingerichtet worden. Pfarrer Th. Passavant, der allen Armen und Zurückgesetzten in herzlicher Liebe zugetan war, hatte in Verbindung mit frommen Handwerksmeistern und Geistlichen das gute Werk angefangen. Ein warmer Saal auf der Gartnernzunft bot in den Wintermonaten den sonst auf die Straße und das Wirtshaus angewiesenen Lehrjungen und Gesellen eine freundliche Gelegenheit zum Lesen, Schreiben oder Zeichnen. Da aber bald auch ganze Horden verwilderter Knaben hereinkamen, ergab sich die Forderung, auch für diese zu sorgen. So wurde denn vom Winter 1835 an der Saal zu Gartnern für die Knaben reserviert; Männer wie Adolf Christ, Adolf Sarasin und Christof Riggerbach bemühten sich in hingebender Fürsorge um allerhand Belehrung und Beschäftigung der wilden Schar. Auch wurden gleichzeitig Sonntagschulen für Mädchen von Frauenvereinen gegründet und später von der Gemeinnützigen Gesellschaft unterstützt. Die Gesellen und die älteren Lehrlinge, von denen etwa 100 regelmäßig kamen, versammelten sich an den Sonntagnachmittagen zu Schmieden und Safran. Die Gemeinnützige Gesellschaft knüpfte daran noch etwas Neues, nämlich populäre Lehrkurse für jüngere Handwerker. Balthasar Reber hielt an den Abenden eine Reihe historischer Vorträge und Schmidlin führte an den Vormittagen seine Zuhörer in die Elemente der Geometrie und ihre praktische Verwertung ein. Doch war der Besuch recht bescheiden; der weitaus größere Teil der Gesellen und Fabrikarbeiter wurde vom Einfluß der Sonntagsäle gar nicht berührt.

Im September 1841 sollte die schweizerische gemeinnützige Gesellschaft in Basel tagen. Das wichtigste ihrer Diskussions Themen, über das Obersthelfer Linder zu referieren hatte, lautete: „Gibt es in unserm Vaterland zwischen Fabrikherrn und Arbeiter noch besondere freundschaftliche und vorsorgliche Einrichtungen neben dem bloßen Vertragsverhältnis? Was für? Und was wäre in dieser Hinsicht weiter zu tun möglich?“ Basel war die einzige Kantonalsektion, die darüber ein ausführliches Gutachten abgab, das denn auch der Berichterstattung zugrunde gelegt wurde. Die Sektion, deren Vorsteher W. Burckhardt-Forcart war, hatte sich von verschiedenen Fabrikherrn und Aufsehern ausführliche Berichte erbeten und so wertvolle Angaben erhalten. Das Gutachten, das überhaupt von dem großen Ernst und Ver-

antwortlichkeitsgefühl seiner Verfasser zeugt, spricht auch von den möglichen Mitteln zur Abhilfe mancher Not, die einzelne Fabrikanten oder Ferger oder Mitglieder der Kommission vorschlugen. Mehrere meinten, die Teilnahme an den Kranken- und Alterskassen sollte für alle Arbeiter von Obrigkeitwegen geboten werden, wie dies ja für die Gesellen der Fall sei; ebenso müßte eine obligatorische Aufkündungsfrist von 14 Tagen dem Fabrikherrn gesetzlich vorgeschrieben sein.

Die Kommission selbst scheute sich aber, solche Vorschläge zu unterstützen, da sie glaubte, der Staat dürfe sich nur „mit umsichtigster Bedachtnahme auf alles Einwirkende“ in die Fabrikverhältnisse einmischen; dagegen empfahl sie eifrig die Unterstützung freiwilliger Arbeiterkassen; solche Kassen verbänden die Arbeiter zu Vereinen, die nichts Gefährliches hätten und nicht etwa zu „verderblichen Assoziationen gegen den Fabrikherrn“ führten.

Das höchst interessante Gutachten über die Verhältnisse der Basler Fabrikarbeiter wurde später von der Basler Gemeinnützigen Gesellschaft in den Druck gegeben, und eine erst provisorische, bald aber ständige Kommission der Gesellschaft sollte die Verhältnisse der Fabrikarbeiter im Auge behalten und Verbesserungsvorschläge bringen. Zu Taten brachte es diese neue Kommission, die nur 50 Franken Kredit bekommen hatte, vorläufig freilich nicht. Erst 1847 schrieb W. Schmidlin den ersten Bericht an die Gesellschaft; darin besprach er die Schwierigkeiten der Hilfeleistung für die Menschenklasse, die ohne Organisation und ohne Hoffnung auf bessere Zukunft von Tag zu Tag dahinlebe. Der Plan, für billige und gesunde Arbeiterwohnungen zu sorgen, blieb ein bloßer Gedanke. Die Tätigkeit der Kommission beschränkte sich vorläufig darauf, die vorhandenen oder neu entstehenden Kranken- und Witwenkassen zu unterstützen; doch nahm die Zahl dieser Kassen erst in den fünfziger Jahren bedeutend zu.

In allen Bemühungen der Gemeinnützigen Gesellschaft, die neue soziale Aufgabe in Angriff zu nehmen, sehen wir wirklichen Ernst; aber den bescheidenen Anfängen folgt nicht immer eine lebenskräftige Fortsetzung. Seit mehreren Jahrzehnten bestanden Freischulen im Klingental und zu St. Alban für die Kinder der Ärmsten; die von der Gesellschaft gegründete Fabriksschule zu St. Alban wurde nach der Einführung der obligatorischen Schulzeit in eine Repetierschule für Knaben umgewandelt; aber sie war schwach besucht; eine gleiche Schule für arme Mädchen ging nach dreijährigem Bestand wieder ein. Dagegen gründete die Gemeinnützige Gesellschaft zusammen mit dem Armenkollegium im Jahr 1843 die erste unentgeltliche Kleinkinderschule im Klingental; die schon bestehenden Schulen waren private Unternehmungen und verlangten Schulgeld. Später übernahm die Gesellschaft die Oberaufsicht über alle diese Anstalten. Da die Jugend- und die Bürgerbibliothek von den Arbeitern und Gesellen kaum benützt waren, wurde im Jahr 1842 eine besondere Arbeiterbibliothek gegründet, auf die die Gesellschaft größere Summen verwendete; sie bot braven Arbeitern unentgeltlich

eine „angemessene“ Lektüre. Die Anfänge waren auch ermutigend; die Benützung war gewissenhaft, bei der ersten Inventur fehlte kein Buch. Dagegen wurde die im gleichen Jahr gegründete Vorschußkasse, die allerdings in erster Linie strebsamen Handwerkern und nicht Arbeitern helfen sollte, nicht recht benützt, weil sie unter erschwerenden Bedingungen nur Vorschüsse bis zu 300 Fr. gewährte. Erst im Jahr 1847, als sie auf die praktischen Vorschläge Bankdirektor Speisers erneuert und vergrößert worden war, hatte das Unternehmen den gewünschten Erfolg.

Eine direkte Folge der Anregungen Schmidlins war die Bildung und Unterstützung von Arbeitergesangchören, die die Gemeinnützige Gesellschaft teils neu ins Leben rief, teils durch die Anstellung eines Gesanglehrers zu heben suchte. Es entstand eine Art Singschule, die den Vereinen der Posamentier, Zimmerleute und Bäcker, und besonders auch den verschiedenen deutschen Vereinen gute Dienste leistete. Mehrere dieser Arbeiterchöre vereinigten sich auch zu öffentlichen Konzerten; schon beim ersten, das an einem Herbstsonntag des Jahres 1842 in der Leonhardskirche gegeben wurde, rühmte man die vortrefflichen Leistungen der Sänger. Die zweite Jahresaufführung war noch bedeutender; der 200 Mann starke Chor trug bekannte Lieder von Kreuzer und Nägeli, aber auch Kompositionen seines Direktors Schuster zu Dichtungen Wackernagels, Hagenbachs und Rebers vor. Am Abend gab's ein fröhliches Festmahl in einer Gartenwirtschaft; die Mitglieder der Gesangskommission der Gemeinnützigen Gesellschaft saßen dabei. Wackernagel wandte sich in einem kernhaften poetischen Trinkspruch an die deutschen Arbeiter und erntete damit stürmischen Beifall. Bei Musik und Fackelschein zogen die Arbeiter in die Stadt zurück und sangen zum Schluß ein Lied auf dem Marktplatz. Dieses Fest der Basler Arbeiter erschien darum von eigenartiger Bedeutung, weil gerade damals in den Vereinen der deutschen Arbeiter anderer Schweizerstädte ein lärmender Kommunismus und anders klingende Reden üblich waren. Doch nahm der Eifer der Gesangvereine bald ab; nach wenig Jahren stand die Gemeinnützige Gesellschaft nur noch mit dem einen oder andern in Verbindung.

Basler Fabrikanten, die in der Gesellschaft eifrig tätig waren, wie August Stähelin-Bischer, Adolf Christ oder Karl Sarasin sprachen und schrieben ernste Mahnworte besonders an ihre Standesgenossen, in denen sie ihnen die Pflichten gegen ihre Arbeiter und deren Kinder vorhielten. Die Anschauung der christlich Gesinnten war immer noch die von der patriarchalischen Stellung der Fabrikherren, die sich gleichsam als Väter der um sie versammelten Arbeiter annehmen sollten. In den Versuchen zur Selbsthilfe der arbeitenden Klassen sahen sie aber nur Äußerungen „des seit 1830 nimmermüden, immer schlagfertigen Empörungsgewisses“. Die Mittel zur Abhilfe gegen den „Pauperismus“ erkannte der Volksbote nur in einer demütigen und weisen Beschränkung von seiten der Armen und in der christlichen Liebe, die ihnen von seiten

der Reichen die helfende Hand biete. Auch die Basler Zeitung hoffte hauptsächlich von einer weitem und umfassenderen Tätigkeit des humanen und milden Sinnes die Beschwichtigung der drohenden Gärung im Arbeiterstand; denn dazu sei Basel nicht berufen, mit unreifen und undurchführbaren sozialistischen Systemen an sich herumexperimentieren zu lassen. Aber zum großen Befremden seiner Freunde und Gegner erkannte Andreas Heusler in den Genfer Arbeitern, die der Revolution von 1846 zum Sieg verhelfen, eine organisierte Macht und damit auch eine sittliche Kraft, die fernere Erfolge verbürge.

Um die Mitte des 5. Jahrzehnts begannen Zeiten schwerer Not, da infolge der Teuerung überall die Lebensmittelpreise gestiegen waren und stellenweise eine eigentliche Hungersnot herrschte. Sie begann schon im Winter 1845/46; ein Sack gesunder Kartoffeln kostete 10–12 Fr., das Pfund halbweißes Brot 15 Rappen. Als die Kartoffeln im Sommer 1846 wieder verderben und die erhoffte ergiebige Getreideernte ausblieb, stieg die Not noch mehr. Der folgende Winter war der schlimmste seit langer Zeit. Ein Hilfsverein für die Notleidenden in der Stadt vermittelte Arbeit und verteilte Kleider und Lebensmittel. Die Suppenausteilungen an fremde und einheimische Arme nahmen einen gewaltigen Umfang an; im Januar 1847 wurden über 50,000 Portionen gespendet. Sogar einige Zünfte verzichteten zu gunsten der Armen auf ihr Essen und ein Armenball im Stadtkasino warf 500 Fr. Gewinn ab. Scharen von Bettlern und Strolchen kamen in die wohlthätige Stadt; vor den Toren, wo die Landjäger meist unsichtbar waren, bedrohten sie geradezu Bewohner und Spaziergänger. Dank der blinden Privatwohlthätigkeit füllten sich auch die Taschen manches Lumps; man erzählte von einem Handwerksburschen, der an einem ergiebigen Tag zwischen 10 und 3 Uhr 24 Schweizerfranken erfochten, den Abend im Theater zugebracht und nachts in einer bekannten Kneipe der Basler Großmut ein Vivat gebracht habe.

Wichtiger als die Äußerungen der gewohnten Wohlthätigkeit waren die außerordentlichen Hilfsmittel, mit denen man damals der Not zu steuern suchte. Schon im Oktober 1845 hatte der Kleine Rat von sich aus mit Unterstützung des Stadtrats durch seinen Bevollmächtigten L. Courvoisier zirka 6000 Malter polnischen Weizen in Marseille zu noch mäßigem Preis ankaufen lassen; der Große Rat gab nachträglich seine Genehmigung und ermächtigte die Regierung zu allfälligen weitem Ankäufen. Im Januar 1846 lagen die Weizensäcke auf den Böden des neuen Kaufhauses. Bei diesem Kauf hatte aber auf Antrag des Finanzkollegiums der Rat die freiwillige Hilfe der vermöglichen Bürger angesprochen, und bald wurden 175,000 Fr. von etwa 400 Leuten als unverzinsliches Darlehen zur Verfügung gestellt. Nun handelte es sich darum, wie man die Vorräte am besten zum allgemeinen Nutzen verwenden sollte. Mit Rücksicht auf die Basler Bäcker verzichtete die Regierung auf die Einrichtung eigener großer Bäckereien, wie das anderswo geschah; die obrigkeitliche

Fruchtkommission gab einen Teil des Kornes zum Selbstkostenpreis den wohlthätigen Anstalten und den Landgemeinden ab und ließ etwa 1500 Malter durch die Müller und Bäcker verarbeiten. Das Brot wurde dann vom 3. März 1846 an als „obligkeitliches Brot“, das Pfund zu 12 Rappen verkauft. Aber dieser Preis war nur 2 Rappen niedriger als die öffentliche Brottaxe; auch erregten die Gutscheine, die zum Bezug nötig waren, Mißtrauen. So blieb das Brot liegen; erst als es zu 10 Rappen zu haben war, ging es reißend ab; doch blieb dies der niedrigste Preis; mit Unterbrechungen wurde bis zum Herbst das obligkeitliche Brot zu 12 Rappen weiter verkauft, während die öffentliche Taxe zwischen 13 und 17 Rappen schwankte. Der größte Teil der Fruchtvorräte wurde den Müllern und Bäckern im Kornhaus verkauft, trotzdem aber wurde kein bleibendes Sinken der allgemeinen Brotpreise bewirkt. Wie es den Bäckern erging, die von sich aus unter der Taxe verkaufen wollten, ist oben (S. 30) erwähnt worden. Alle diese Maßregeln waren keine ganze Hilfe; sie bedeuteten für den Staat und die Stadt nur ein Opfer von etwas über 6000 Fr. und für die Privaten den Zinsverlust. Auch waren bei der Austeilung Ungeschicklichkeiten vorgekommen, und die Erbitterung über die Verhältnisse im Kornhaus und wirklichen oder vermeintlichen Kornwucher äußerte sich in einem Krawall vor dem Kornhaus am 10. Juli 1846. Als sich nun im Herbst 1846 erst die eigentliche Teuerung ankündigte, trat ein Privatverein zusammen, um in gründlicherer Weise als die Behörden für Hilfe zu sorgen. Schon in den Jahren 1843 und 1844 war im Avisblatt der Vorschlag erschienen, man solle in Basel, wie dies bereits in Bern geschehen sei, einen „Brotverein“ gründen, dessen Mitglieder Geld zusammensteuerten und einen bedeutenden Fruchtvorrat ankaufte, um billigeres Brot zu bekommen.

Es war Stadtrat Legrand-Werthemann, der die Idee einer solchen Hilfeleistung in die Tat umsetzte, indem er eine Anzahl vermöglicher und gemeinnütziger Männer zu einem Privatverein für Fruchtankäufe vereinigte. Am 18. September 1846 wurden die Statuten vom engern Vorstand unterzeichnet. Es war der Form nach eine Aktiengesellschaft, deren Teilhaber das Vorrecht auf eine bestimmte Quantität von Früchten hatten und die Deckung des Verlustes garantierten. Doch hatte der Verein insofern den Charakter einer Konsumgenossenschaft, als er zu gunsten der Konsumenten den Zwischenhandel umgehen wollte; nur waren diese Konsumenten nicht die 600 Aktionäre, sondern die Bedürftigen der ganzen Stadt. Bald standen etwa 270,000 Fr. zur Verfügung. Die ersten Vorräte, die eingekauft wurden, bestanden in Wismarer Weizen, der aus Mannheim kam, ferner aus Bohnen von Neapel und Mais von Galaz zum Ersatz für die Kartoffeln; die Vorzüge des Mais wurden dem Publikum auch in einem besondern Schriftchen klagemacht. Die Nachfrage war bald so stark, daß neue Mengen von Mais, auch Bohnen und polnischer Weizen aus Marseille bezogen wurden. Vom 16. November 1846 bis zum 10. August

1847 brachte der Verein seine Lebensmittel zum Verkauf. 16 Müller und 60 Bäckermeister lieferten unter seiner Kontrolle Mehl und Brot; an fast 15,000 Personen wurden im ganzen 13,728 Zentner und 88 Pfund Brot verkauft; allerdings kam wegen der außerordentlich hohen Getreidepreise der Vierpfünder auf 55 Rappen zu stehen; aber die Taxpreise waren 17 und 18 Rappen für das Pfund, so daß die gesamte Differenz 100,000 Fr. betrug. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung verdankte dem schönen Unternehmen eine bedeutende Erleichterung in den schweren Zeiten. Ein rührend holpriges Gedicht „mehrerer dankerfüllter Arbeiter“ erschien im Sommer 1847 im Intelligenzblatt:

Gott laß es wohlgergehen den edlen Herren allen,
Die hier so viel gewagt, da Undank stets der Lohn;
Doch soll von Mund zu Mund nun unser Dank erschallen,
Es lebe hoch und lang die Fruchtcommission!

Im März 1847 ließ dann die Regierung zum zweitenmal große Weizenvorräte als Reserve ankaufen; da aber die Ernte gut ausfiel, verkaufte sie der Staat wieder im Kornhaus mit großem Verlust. Der Vorschlag, durch Einstellung von Säcken aus dem staatlichen Vorrat die Getreidepreise zu beeinflussen, wurde als bedenklich abgewiesen, weil dadurch die fremden Fruchthändler vertrieben würden. Man sah darin wohl auch eine gefährliche Annäherung an den Staatssozialismus. Übrigens hatte in der ganzen Angelegenheit die private Unternehmung rascher und erfolgreicher gewirkt als der schwerfällige Regierungsapparat.

Der Gedanke einer gemeinsamen Beschaffung der Lebensmittel en gros zum Nutzen aller Beteiligten lag auch dem 1848 von der Gemeinnützigen Gesellschaft gegründeten Sparverein zugrunde. Seine hauptsächlichsten Förderer waren der damalige Vorsteher der Gemeinnützigen Gesellschaft, Bankdirektor J. J. Speiser, und Dr. Friedrich Brenner. Die Mitglieder bekamen im ersten Jahr ihre Waren tatsächlich um 20% billiger und erst noch besser als in den Läden. Trotzdem ging der Verein nach zwei Jahren wieder ein; es fehlte am Zutrauen zu der Sache. Speiser aber behielt recht, als er der Idee eine große Zukunft prophezeite.

In jenen Jahren begannen auch die Arbeiter mit neuen Mitteln für ihre Interessen zu sorgen. Die „allgemeine Arbeitergesellschaft“, deren noch bescheidene Anfänge ins Jahr 1847 fallen, scheint der erste wirkliche Basler Konsumverein gewesen zu sein. Durch Ankauf großer Quantitäten von Mehl suchten sich die Mitglieder gegenseitig zu helfen und sich für die herabgesetzten Fabriklohne einigermaßen schadlos zu halten. Am Ende des Revolutionsjahres 1848 wurden in der Basler Industrie zum erstenmal die beiden sozialen Kampfesmittel Streik und Aussperrung angewendet. Es hatte sich ein Generalposamenterverein gebildet, dessen Komite im

Dezember 1848 den Fabrikherren bestimmte Forderungen vorlegte: eine Lohnerhöhung von 10—12%, die Aufstellung einer neuen Fabrikordnung und Freiheit der Arbeitsauflösung. Da sich die Fabrikherren mit dem Verein in keine Unterhandlungen einlassen wollten, kam es in drei Fabriken zum Streik. Die Drohung des Komites, auf seinen ersten Wink würden alle Posamenter die Arbeit niederlegen, war nicht in Erfüllung gegangen. Die Mehrzahl der Arbeiter hatte sich sogar nach persönlichen Besprechungen mit den Herren befriedigt erklärt. Aber diese schlossen sich nun zusammen, um die Macht des „gefährlichsten Feindes im Innern“, des Vereins, der am Ruin der Basler Bandindustrie arbeite, zu brechen. Sie schlossen vorläufig alle Fabriken und stellten eine gemeinsame Ordnung auf, mit der sich alle schriftlich einverstanden erklären mußten, die wieder Arbeit haben wollten. Die Lohnerhöhung wurde nicht gewährt; dagegen wollten die Fabrikherren zur Einrichtung einer Ersparniskasse für Posamenter zu jedem Franken Arbeitslohn 2½ Rappen hinzulegen; die Arbeiter hatten ebenso viel beizutragen. Die tägliche Arbeitszeit sollte 12 Stunden dauern; allgemeine Bestimmungen über die Kündigungsfrist wurden nicht aufgestellt. Endlich wünschten die Fabrikanten ein unparteiisches obrigkeitliches Schiedsgericht, deuteten aber in ihrer öffentlichen Erklärung an, daß sie von der Regierung Hilfe gegen den Verein erwarteten, der jede Ordnung und jedes Gedeihen der Industrie unmöglich mache.

So siegten die Fabrikanten; aber diese in Basel bisher unerhörten Vorgänge deuten doch die neue Zeit an: An die Stelle der patriarchalischen Fürsorge der Herren für die niedere Klasse tritt der Zusammenschluß der organisierten Arbeiter zum Kampf für ihre Rechte.

Allerlei aus dem Leben der Stadt. Wie die äußere Gestalt Basels mit ihren Mauern und Toren, ihren noch immer engen Gassen, den vielen heimeligen, aber unscheinbaren Häusern und den sehr bescheidenen Schaufenstern den Fremden kleinstädtisch vorkam, so trug auch das Straßenleben noch vielfach den gleichen Charakter. Zwar durfte sich das Federvieh wenigstens in den belebteren Straßen nicht mehr zeigen, wohl aber sah man überall viele Hunde herumlungern; auch kam es oft vor, daß da oder dort schwergeladene Heu-, Wein- oder Mistwagen stundenlang oder auch einen ganzen Tag hindurch den Straßenverkehr sperrten. Einem Franzosen, der eine Schilderung Basels in den dreißiger Jahren entwarf, fiel einerseits die unglaubliche Sauberkeit, anderseits aber auch die traurige Öde vieler Straßen auf; alles sei tot und leer, man könnte glauben, die Stadt sei zu vermieten. Die Frauen hätten sich offenbar alle ins Innere der Häuser zurückgezogen, um durch den Gassenpiegel vom sichern Versteck aus ihre Beobachtungen zu machen. Aber nicht überall und nicht immer trug das Straßenleben einen kleinstädtischen Charakter. Einen ganz andern Eindruck vom damaligen Basel gibt Jeremias Gotthelf wieder in „Jakobs des Handwerksgehilfen Wanderungen durch die Schweiz“. Dort heißt es: „Anwillkürlich wird, wer im Herzen der Stadt